

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 03/2008

FÜR EINE DIFFERENZIERTE DROGENPOLITIK

Die EVP befürwortet die Initiative «für ein flexibles Rentenalter» und das neue Betäubungsmittelgesetz. Sie lehnt die Hanfinitiative, die Verbandsbeschwerderechtsinitiative und die Unverjährbarkeitsinitiative ab. So haben es die Delegierten am 23. August in Schaffhausen beschlossen.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Die EVP steht für eine differenzierte Drogenpolitik. Am 23. August haben die Delegierten in Schaffhausen beschlossen, die Hanfinitiative abzulehnen und das neue Betäubungsmittelgesetz zu unterstützen. «Der Hanfkonsum kann schwerwiegende gesundheitliche Schäden nach sich ziehen», betonte Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE): «Ein Verbot ist nach wie vor richtig: Was nützt es meinem Mitmenschen, wenn ich ihm den genussvollen Ruin erlaube?»

Das neue Betäubungsmittelgesetz verankert das Abstinenzziel und die Vier-Säulen-Politik. Gleichzeitig wird die Heroinabgabe unbefristet eingeführt, pièce de résistance für die EVP. Sie bedürfe aber auch künftig einer Bewilligung des Bundes und dürfe nur an süchtige Menschen verschrieben werden, bei denen andere Behandlungsformen versagt hätten oder aufgrund des Gesundheitszustandes nicht möglich seien, begründete Stadträtin Maja Ingold (EVP, ZH) ihr Ja.

Für ein flexibles Rentenalter

Schwer taten sich die Delegierten mit der Volksinitiative «Für ein flexibles Rentenalter». Einerseits sei



Maja Ingold trat für das Betäubungsmittelgesetz...

die EVP immer für eine Flexibilisierung eingestanden, erklärte EVP-Präsident Heiner Studer. Andererseits gehe die Initiative sehr weit und werfe Fragen bezüglich Finanzierbarkeit auf. Um ein Zeichen für ein flexibles Alter zu setzen, votierten die Delegierten für ein Ja – trotz finanzieller Bedenken.

Sinnvolle Lösung bei den Verjährungsfristen

Die EVP lehnt die Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» ab. Das Anliegen sei zwar berechtigt, aber nicht umsetzbar, erklärte EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH): «Wie will man nach 30 oder mehr Jahren noch rechtlich einwandfrei feststellen können, was wirklich passiert ist?» Neu beginnt

die 15-jährige Verjährungsfrist erst mit Erreichen der Volljährigkeit des Opfers zu laufen. Damit hat man versucht, den Initianten möglichst weit entgegen zu kommen.

Keine Beschneidung des Verbandsbeschwerderechts

Absolut unbestritten war für die EVP die Ablehnung der Initiative des Zürcher Freisinns zur Schwächung des Verbandsbeschwerderechts. Nationalrat Aeschbacher betonte, dieses Recht als kostengünstiges und effizientes Instrument zur Durchsetzung des Umweltrechts müsse unbedingt beibehalten werden.

Diese 5 Vorlagen kommen erst am 30. November zur Abstimmung (akzente wird in der nächsten Nummer ausführlich berichten).



... Ruedi Aeschbacher für das Verbandsbeschwerderecht ein.

KOMMENTAR

Salami-Taktik

Vor vier Jahren ist das Stammzellenforschungsgesetz angenommen worden. Die EVP war dagegen: die Forschung an embryonalen Stammzellen ist ethisch bedenklich. Jetzt ist es einem Genfer Forschungsteam erstmals gelungen, eine Stammzelllinie herzustellen. Allerdings klagen die Forscher, sie hätten zu wenig Embryonen zur Verfügung. Grund: das Fortpflanzungsmedizingesetz verbietet die Herstellung überzähliger Embryonen – ausser in seltenen Ausnahmefällen.

Bereits melden sich Politiker verschiedener Parteien zu Wort. Sie wollen das Gesetz lockern, um Importe aus dem Ausland zu ermöglichen oder befruchtete Eizellen und durch Präimplantationsdiagnostik «ausgeschiedene» Embryonen der Forschung zugänglich zu machen.

Das ist klassische Salami-Taktik: im Abstimmungskampf wurde die skeptische Bevölkerung mit den strengen Rahmenbedingungen besänftigt. Vier Jahre später sollen sie bereits wieder aufgehoben werden.

Bereits vor vier Jahren hat die EVP auf die ethisch unproblematische Alternative der Forschung an erwachsenen Stammzellen hingewiesen. Heute ist diese viel weiter fortgeschritten, die Forschung an embryonalen Stammzellen hingegen international bereits überholt. Die EVP wird deshalb entschieden gegen jede Lockerung vorgehen und damit einer ethisch «sauberen» Forschung Vorschub leisten. Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Psychologische Kriegsführung

Wochenlang wird der «Fall Nef» in den Medien breitgeschlagen. Es wird gemutmasst und die Leserschaft zur Vorverurteilung aufgefordert. An einer ausserordentlichen Sitzung der Sicherheitskommission gelingt es grünen Armeeabschaffern, sozialistischen Frauenrechtlerinnen und einer fanatischen SVP-Delegation aber nicht, auch noch den VBS-Chef in die Wüste zu schicken.

Ich begreife die Reaktionen von Leuten, die nur aus den Medien informiert waren. Aber mich bewegt eine andere Frage: Wer sind die Urheber dieses Sommergewitters? Neid, Rache, gezielte Agitation? Wie war es möglich, solchen Schaden anzurichten?



Ich kann nicht einfach den Medien die Schuld geben. Sie müssen einen Skandal aufdecken – so denn einer vorliegt. Sie funktionieren aber mit Primeurs und Stories, Mutmassungen und Emotionen. Das ist das Handwerk eines Journalisten. Aber wer liefert die Indiskretion? Und wer setzt die Grenzen?

Betrachten Sie die «Rundschau» vom 13. August. Kaum präsentiert sich der erste Bewerber für das neue Kampfflugzeug, wird der Verdacht auf Korruption erhoben. Von den Grünen sogar Generalverdacht. Ihr Ziel: keine Armee, keine Rüstung. Die Subkommission will ein faires Evaluationsverfahren gewährleisten. Deshalb wird sie orientiert, auch über Einzelheiten, die wegen des Wettbewerbs nicht öffentlich gemacht werden können. Auch ein GSoA-Vertreter ist dabei.

Die Rundschau titelt: Sind Schweizer Parlamentarier korrupt? Die Moderatorin lässt sich vor den Karren spannen, dabei wird der Typenentscheid gar nicht vom Parlament gefällt. Die Urheber erreichen ihr Ziel: Misstrauen und Stimmung sind gesetzt. Psychologische Kriegsführung? Was haben wir ihr entgegenzusetzen?

Nationalrat Walter Donzé
Vizepräsident der EVP Schweiz und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

«Im 20. Jahrhundert galt: Religion führt zu Konflikt, deshalb schaffen wir die Religion ab. Im 21. Jahrhundert reift die Erkenntnis: eine Gesellschaft kann nur dann im Frieden leben, wenn es gemeinsame Werte gibt und gemeinsame Werte haben nun mal mit Religion zu tun.»

Roland Bialek, Präsident der EVP Kanton Aargau, an der Sitzung des Zentralvorstandes vom 14. Juni 2008 in Aarau.

«Ein Gesetz, welches die Aufsicht über die Suizidbeihilfeorganisationen regelt, wie es auch im Gespräch ist, ist ein Widersinn: der Staat schützt das Leben über alles – und gleichzeitig würde er gesetzlich das Handeln derer regeln, die beim Töten mithelfen!»

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) in seinem Bericht über die Sommersession 2008.

INHALT

EVP-Präsident Heiner Studer: Seine Ziele, Aufgaben und Visionen	3
HarmoS, freie Schulwahl, Reformitis: Schweizer Bildungslandschaft im Umbruch	4
EVP in Aktion: UEFA besteuern wie jede andere Firma auch	5
Aus dem Bundeshaus: EVP wehrt sich für Entwicklungshilfe	6
EVP in den Kantonen: Notizen zu Namen, Wahlen, Fraktionen	7

PAROLEN

Der Bundesrat hat beschlossen auf eine Abstimmung am 28. September zu verzichten. Dafür kommen am 30. November fünf Vorlagen zur Abstimmung (akzente berichten). Um rechtzeitig über eine Stellungnahme zu verfügen, hat die EVP Schweiz ihre Parolen bereits an der Delegiertenversammlung vom 23. August in Schaffhausen beschlossen (siehe Bericht auf der Titelseite).

Anzeige



www.efb.ch

EIN PRÄSIDENT FÜR ALLE

Heiner Studer ist seit 5 Monaten Präsident der EVP. Der direkte Kontakt mit den Menschen ist ihm sehr wichtig. Er will die EVP bis zu den nächsten Wahlen und zu fünf Sitzen im Nationalrat führen.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Heiner Studer, Du bist seit 5 Monaten Präsident der EVP. Was hat Dich in dieser Zeit bewegt?

Ich konnte bereits viele Gespräche führen: mit Verantwortungsträgern und -trägerinnen auf allen Ebenen, neu Gewählten oder Menschen, die vor kurzem ein Amt in der EVP übernommen haben.

Diese direkten Kontakte mit den Menschen sind Dir sehr wichtig.

Als Präsident habe ich eine Aufgabe gegen innen und eine gegen aussen. In den letzten Jahren hat die EVP in eine ganze Reihe neuer Kantone expandiert. Wo etwas im Aufbau ist, muss die Beziehung zur Gesamtpartei da sein – nicht nur institutionell, sondern direkt und sichtbar, von Mensch zu Mensch. Sehr deutlich spüre ich das bei den Westschweizer Kantonalparteien, die ich schon länger begleite. Neben der Expansion dürfen wir die traditionellen Stammlande nicht vergessen, wo viele Leute seit Jahren beharrlich dran sind und grossartige Arbeit leisten. Ich möchte, dass man sich in der EVP gegenseitig erlebt.



Eine Begegnung mit...

Was ist Deine Aufgabe gegen aussen?

Die Wahrnehmung nach aussen läuft zu einem grossen Teil über die Nationalräte und mich als Präsident. Gerade weil wir auf Bundesebene mit CVP und glp eine Fraktion bilden – was gut ist und sich bewährt hat – ist es von Vorteil, wenn ich als Präsident nicht Teil dieser Fraktion bin und damit die Anliegen und Themen der EVP noch etwas stärker betonen kann. Die Fraktionszusammenarbeit im Bundeshaus, in den Kantonen und auf lokaler Ebene ist das eine, die Profilierung der EVP über unsere ureigenen Themen das andere.

Welche Ziele setzt Du der EVP?

Zum einen wollen wir unsere Mitgliederbasis zahlenmässig verstärken. Zum anderen müssen wir bei den nächsten Wahlen 5 Nationalratssitze anvisieren. Das Wählerpotential dazu haben wir: würde der Nationalrat nach dem doppelten Pukelsheim und damit nach einem Wahlsystem gewählt, welches eine korrekte Sitzverteilung sicherstellt, hätten wir die eigene Fraktion bereits bei den letzten Wahlen erreicht. Schliesslich gibt es eine ganze Reihe von Gemeindeparlamenten, in denen die EVP noch nicht vertreten ist: hier müssen wir gezielt ansetzen. Denn überall dort, wo Menschen für die EVP ein Amt übernehmen, erhält die Partei ein Gesicht und wird wahrgenommen.

Du kennst die EVP wie kaum ein Zweiter. Seit 1968 hast Du ohne Unterbruch ein Parteiamt inne, seit 1973 bis heute ein politisches Amt.

In diesen 40 Jahren habe ich ein spannendes Spektrum von Menschen erlebt, welche die EVP geprägt haben. Mit Ausnahme der beiden ersten habe ich alle Nationalräte der EVP persönlich gekannt. Umso schöner ist es, jetzt die Jungen kennen zu lernen, welche die



...EVP-Präsident Heiner Studer.

Partei künftig prägen werden!

Aufgrund meiner Erfahrung kann ich sagen: Politik ist beim Bund nicht spannender als im Kanton oder in der Gemeinde. Wir brauchen auf allen Ebenen gute Leute. Es gibt Mitglieder, welche sehr wohl die Kompetenz für die Übernahme eines Amtes hätten, aber sich nicht recht trauen oder die Zeit dafür nicht haben. Sie will ich ermutigen. Ein gewisser Wille zur Teilhabe an der Macht ist positiv!

Welche politischen Schwerpunkte erwartest Du in nächster Zeit?

Von unserem biblischen Verständnis her sind wir die erste und profilierteste Partei, die sich für den Umweltschutz eingesetzt hat. Das bleibt ungeheuer wichtig. Ebenso zentral ist der Schutz des Lebens

von der Zeugung bis zum Tod. Das wirft ein gewaltiges Spektrum an Fragen auf: zum Leben, zur Würde des Menschen, zur Mitverantwortung in der Gemeinschaft. Schliesslich bewegt mich die Kluft zwischen Arm und Reich auf dieser Welt: So viele Menschen leben ohne Zugang zu ausreichend Wasser und Nahrung und müssen um ihr Leben fürchten.

Nachdem Du nicht wieder in den Nationalrat gewählt worden bist, hast Du Dich auch beruflich neu orientieren müssen.

Neben dem Parteipräsidium und meinem Teilamt als vom Volk gewählter Vizeammann von Wettingen, habe ich verschiedene Ämter im christlich-karitativen Bereich inne und bin Kurator einer reformierten Kirchgemeinde im Kanton Aargau: eine Aufgabe, die ich sehr gerne wahrnehme.

Wie lange bleibst Du Präsident?

Ich bin für vier Jahre gewählt. Damit sind auch die nächsten Nationalratswahlen unter meiner Leitung. Alles andere zeigt sich nach den Wahlen. Meine Erwartung ist, dass jemand aus der neuen EVP-Fraktion dann das Präsidium von mir übernehmen kann.

Wo siehst Du die EVP in Zukunft?

In 11 Jahren wird die EVP 100 Jahre alt. Nachdem ich schon beim 50-Jahre-Jubiläum dabei war, möchte ich das 100-Jahre-Jubiläum in Frische mitfeiern können – befreit von Leitungsfunktionen. Ich wünsche mir, dass die EVP dann eine profilierte, eigene Fraktion in Bern stellt und die Partei weiterhin auf klaren christlichen Werten eine menschliche Politik zeigt.

Heiner Studer, 59

verheiratet, drei erwachsene Töchter,
ein Schwiegersohn, eine Enkelin

Kirche: EMK und reformierte Landeskirche

Laufbahn: Zentralsekretär der EVP (70 - 76), Grossrat im Kanton Aargau (73 - 98), Einwohnerrat von Wettingen (74 - 85), Gemeinderat von Wettingen (seit 86, seit 94 Vizeammann), Nationalrat (99 - 07)

Hobbys: Bewegen ohne Motoren mit Bodenhaftung, Singen



Überzeugt handeln

13. März 08: Mit einem Stichtagsentscheid des Präsidenten schickt das Berner Stadtparlament ein Bettelverbot in der Innenstadt nach ab. Dem knappen Resultat war eine heftige Debatte vorausgegangen, die nicht den altbekannten Gräben entlang lief. «Als überzeugter Christ habe ich mit dieser Motion einen echten Gewissenskonflikt», argumentierte beispielsweise CVP-Mann Henri-Charles Beuchat. Das Betteln sei für ihn ein Hilferuf. Der ansonsten stramm Bürgerliche enthielt sich der Stimme.

Ich selber stimmte Ja zum Verbot der Bettelei. Obwohl normalerweise eher mitte-links politisierend, war ich in diesem Fall überzeugt, dass es genügend Hilfsangebote für Bedürftige in der Stadt Bern gibt. Aufdringliche Bettler belästigen die Passanten und tragen zu einer unsicheren Grundstimmung in der Innenstadt bei.

Lag also eine/r von uns beiden falsch? War es gar ein Fingerzeig Gottes, dass ich knapp unterlegen bin? Nein. Zwar war Charles-Henri Beuchat für mich Anstoss, meine Argumente als Christin nochmals zu prüfen. Trotzdem gelangte ich nicht zu neuen Schlüssen. «Es kommt nur darauf an, dass jeder nach seiner festen Überzeugung handelt», sagt Paulus in Römer 14,5b im Zusammenhang mit unterschiedlichen Essgeboten. Ich hege grosse Achtung vor der Meinung meines Ratskollegen, der dafür von seinen bürgerlichen Mitstreitern Prügel bezog. Dennoch darf auch ich an meiner Sicht festhalten – sofern ich mein Tun vor Gott verantworte.

Barbara Streit-Stettler ist Kommunikationsbeauftragte der EMK Schweiz, Familienfrau und Mitglied des Berner Stadtrats

FÜR EINE GUTE SCHULE

Die Kantone wollen mit HarmoS die wichtigsten Eckwerte der Schule vereinheitlichen. Das ist im Sinn der EVP. Für viele Probleme der Schule ist HarmoS aber weder Ursache noch Lösung: Die Volksschule muss als Ganzes gestärkt werden.

VON NIKLAUS HARI

Mit der «Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule» wollen die Kantone die wichtigsten Eckwerte der Schule vereinheitlichen. Sie erfüllen damit einen Auftrag des neuen Bildungsverfassungsartikels, welcher im Mai 2006 angenommen worden ist. Neu soll der zweijährige Kindergarten obligatorisch werden und die Schuldauer damit 11 Jahre betragen. Kinder werden neu mit vier eingeschult (Stichtag 31. Juli), die Lehrpläne werden sprachregional vereinheitlicht und Bildungsstandards eingeführt (vgl. Kasten).

HarmoS für EVP unbestritten

Unter den Bildungspolitikern der EVP ist HarmoS weitgehend unbestritten. «Ich befürworte verbindliche und vernünftige Bildungs-Eckwerte», meint Hanspeter Amstutz, Bildungsrat im Kanton Zürich. Ähnlich sehen das die Berner Grossrätin Marianne Streiff und Erwin Sommer, Leiter der neuen Fachstelle für Schulaufsicht im Kanton Bern. Auch das zweijährige Kindergartenobligatorium und die frühere Einschulung akzeptieren die EVP-Experten. Laut Marianne Streiff besuchen bereits 84 Prozent der Kinder im Kanton Bern 2 Jahre lang den Kindergarten. Wollte man das Schulsystem harmonisieren, dann sei es nur logisch, dass sich die verbleibenden 16 Prozent anpassen müssten. «Wichtig ist aber, dass Eltern die Möglichkeit haben, ihr Kind weiterhin ein Jahr zurückzustellen, wenn es die Entwicklung des Kindes erfordert.» Von der Vorverlegung des Stichtags um 3 Monate seien nur wenige Kinder betroffen, meint Erwin Sommer. Zudem gehe es nicht um eine frühere Verschulung der Kinder, sondern um eine flexible Eingangsstufe. Für Hanspeter Amstutz ist mit

dem neuen Einschulungsalter allerdings eine Grenze erreicht, die nicht weiter unterschritten werden sollte.

Freiwillige Tagesstrukturen

Mit HarmoS verpflichten sich die Kantone, den Primarschulunterricht vorzugsweise in Blockzeiten zu organisieren sowie bedarfsgerechte, fakultative und beitragspflichtige Tagesstrukturen anzubieten. Kein Problem für Marianne Streiff: «Beides ist bereits Teil des bernischen Volksschulgesetzes.» Auch Hanspeter Amstutz kann damit leben: «Blockzeiten sind vernünftig, solange sie nicht völlig stur gehandhabt werden. Tagesstrukturen sollen dort angeboten werden, wo ein Bedürfnis besteht. Die familiäre Erziehung hat Vorrang, aber es ist besser, Kinder in Tagesstrukturen zu lassen.» Erwin Sommer ergänzt: «Gegen eine obligatorische Volksschule würde ich mich entschieden wehren. Das ist aber etwas anderes und in HarmoS nicht vorgesehen!»

Zentralismus der EDK

Kritischer beurteilt Marianne Streiff die Einführung von einheitlichen Bildungsstandards: «Was ge-

schieht zum Beispiel mit Schulen oder Klassen, die schlecht abschneiden? Wie soll die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Defiziten in die Regelklasse mit diesen Leistungszielen unter einen Hut gebracht werden?» Für Hanspeter Amstutz wird der unkontrollierbare und immer stärker werdende Einfluss der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zum Problem: «Die EDK neigt zum aufgeblähten Zentralismus. Ein Schweizer Rahmenlehrplan mit den wichtigsten Jahreszielen genügt vollauf, es braucht keinen einheitlichen Detaillehrplan!»

Nicht alles ist HarmoS

Viele drängende Probleme der Volksschule haben nicht unmittelbar mit HarmoS zu tun. So kritisiert Kantonsrat René Steiner (EVP, SO) das grundsätzlich zu hohe Reformtempo. Hanspeter Amstutz sorgt sich um den Lehrermangel und die oft nur noch kurze Verweildauer im Beruf – vor allem an der Oberstufe (vgl. Kasten auf der rechten Seite). Doch bei allen Diskussionen um die richtige Schule darf laut Erwin Sommer eines nicht vergessen werden: Dass viele Lehrkräfte nach wie vor sehr gute Arbeit leisten!

Stichwort HarmoS

Mit der «Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule vom 14. Juni 2007 (HarmoS-Konkordat)» wollen die Kantone die wichtigsten Eckwerte der Schule vereinheitlichen:

- Dauer der obligatorischen Schulzeit (2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule, 3 Jahre Oberstufe),
 - Einschulung der Kinder ab dem vierten Altersjahr (Stichtag: 31. Juli) in den Kindergarten oder in die Grund/Basisstufe,
 - sprachregional einheitliche Lehrpläne und Lehrmittel, Einführung von Bildungsstandards in allen Fachbereichen,
 - gestaffelte Einführung von zwei Fremdsprachen in der 3. bzw. 5. Klasse (2. Landessprache bzw. Englisch),
 - Primarschulstufe vorzugsweise mit Blockzeiten,
 - Angebot von fakultativen und beitragspflichtigen Tagesstrukturen.
- Das Abkommen tritt in Kraft, wenn es von mindestens zehn Kantonen ratifiziert worden ist und kann vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt werden. Momentan laufen die kantonalen Beitrittsverfahren.

EVP-MEINUNGEN ZUR VOLKSSCHULE

Bildungsrat Hanspeter Amstutz (EVP, ZH) hat **5 Wünsche an die Bildungspolitik** formuliert:

1. Erziehungswissenschaftler und Schulpraktiker müssen sich wieder auf Augenhöhe begegnen. Eine Schulentwicklung am Schreibtisch ohne Mitwirkung erfahrener Lehrkräfte führt rasch zu praxisfernen Reformvorstellungen.
2. Bildung und Erziehung gelingen nur, wenn zwischen Lehrkräften und Jugendlichen eine Beziehung aufgebaut werden kann. Die zunehmende Aufsplitterung des Unterrichts in Einzellektionen bei verschiedenen Lehrkräften verunmöglicht dies. Richtig wären mehrstündige, tägliche Unterrichtsblöcke bei einer breit ausgebildeten Klassenlehrkraft. Die Lehrerbildung ist dringend anzupassen.
3. Der Unterricht ist zu sprachlastig. Andere Bildungsinhalte werden verdrängt, was nicht zuletzt bei den Naturwissenschaften und in der Geschichte zu erheblichen Bildungslücken führt.
4. Die weit verbreitete Ausblendung brennender Schulprobleme in der aktuellen Bildungspolitik lähmt die durchaus vorhandene Bereitschaft der Lehrerschaft, Neues mit Freude anzupacken. Heisse Eisen wie der strukturelle Lehrermangel oder die Abwendung der Männer vom Lehrerberuf dürfen nicht mehr länger beiseite geschoben werden.
5. Die Bildungspolitik muss sich endlich zu einem verantwortungsvollen Gesamtkonzept durchringen. Es geht nicht an, dass dauernd neue Baustellen

eröffnet werden, während laufende Reformvorhaben nur mühsam vorankommen und brennende Schulprobleme kaum Aufmerksamkeit erfahren.

Kantonsrat René Steiner (EVP, SO) definiert unter anderem folgende **Standpunkte** für die EVP:

Erst evaluieren dann reformieren

Fremdsprachen und die Basisstufe werden nun zu unausgegoren eingeführt: die Teilnehmenden an den Pilotprojekten waren alles andere als begeistert. Das Tempo der Reformen muss schulverträglicher werden.

Was macht eine gute Schule aus?

Kein Politiker wagt es mehr zu sagen: Gute, motivierte Lehrkräfte und kleinere Schulklassen.

Kein Kniefall vor der Integrationsideologie

Integration ist gut, Separation ist schlecht, lautet der Tenor. Die Resultate der wenigen Studien sind sehr durchzogen. Es ist für ein Kind mit Down Syndrom nicht a priori besser, in einer Regelklasse unterrichtet zu werden. Insbesondere in den Städten, wo der Anteil fremdsprachiger Kinder so hoch ist, dass schon Regelklassen kaum mehr zu unterrichten sind.

Kein Kniefall vor der EDK

Die Bildungshoheit ist bei den Kantonen. Nur weil es von der EDK kommt, ist es nicht gottgegeben. Kantonale Parlamentarier müssen den Mut haben, Nein zu sagen, wenn EDK-Projekte die Qualität der Schule gefährden.

UEFA: Steuern wie eine normale Firma

1,15 Milliarden Gewinn hat die UEFA mit der EURO 08 erzielt – und bezahlt gerade mal 10 Millionen Franken Steuern und Abgaben. Derweil tragen Bund, Kantone und Austragungsorte Kosten von rund 180 Millionen Franken. Untragbar für Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH): «Es kann nicht sein, dass die UEFA Milliardengewinne macht und kaum Steuern bezahlt.» Mit einer Interpellation will Aeschbacher vom Bundesrat wissen, wer die Steuerbefreiung der UEFA verfügt und sie als gemeinnützig anerkannt hat. Weil die UEFA ihren Sitz im waadtländischen Nyon hat, wird gleichzeitig die EVP Kanton Waadt aktiv: sie verlangt vom Regierungsrat und der kantonalen Steuerbehörde, die UEFA steuerlich gleich zu behandeln wie jedes andere Unternehmen auch.

Besserer Jugendmedienschutz

Der Schutz von Jugendlichen vor Medieninhalten ist in der Schweiz lückenhaft: viele Kantone beschränken sich auf die Alterslimiten für Kinofilme oder unternehmen gar nichts. Dem gegenüber steht das niederländische Erfolgsmodell: unter staatlicher Aufsicht bewerten die Medienunternehmen sämtliche Inhalte nach einem einheitlichen Fragebogen. Die entsprechenden Piktogramme werden auf Verpackungen, auf Plakaten und in Programmzeitschriften abgebildet sowie in laufenden Fernsehprogrammen eingeblendet. Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) will dieses Modell für die Schweiz übernehmen. Auch in den Kantonen macht die EVP Druck: Kantonsrätin Regula Streckeisen (EVP, TG) fordert mit einer Motion «die geeigneten gesetzlichen Grundlagen zum Schutz von Jugendlichen vor Gewaltdarstellungen in Unterhaltungsmedien.»

FREIE SCHULWAHL?

Die Debatte um die freie Schulwahl wird von verschiedenen Seiten lanciert. Die EVP ist mehrheitlich skeptisch.

(nh). Die Grundidee der freien Schulwahl ist einfach: die Eltern können frei entscheiden, an welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen. Weil die Schulen aufgrund dieses Wettbewerbes nicht plötzlich ohne Schülerinnen und Schüler dastehen wollen, müssen sie ihre Qualität laufend steigern. Verschiedene Modelle werden zurzeit gefordert: die Elternlobby will den Staat dazu verpflichten, für jedes Kind an einer Privatschule denselben Betrag zu

zahlen, wie dieser Schüler an einer öffentlichen Schule kosten würde; die FDP will die freie Schulwahl zunächst nur zwischen den staatlichen Schulen ermöglichen.

Innerhalb der EVP stossen diese Ideen mehrheitlich auf Ablehnung: so befürchtet Grossrätin Marianne Streiff (EVP, BE) nebst der fehlenden Planbarkeit ein Zweiklassensystem, da sich bildungsferne Eltern nicht für die Wahl der Schule interessieren würden oder überfordert

sein. Auch Bildungsrat Hanspeter Amstutz (EVP, ZH) ist entschieden gegen die freie Schulwahl: «Einige Schulen in belasteten Quartieren hätten in Kürze viel weniger Schüler. In der Folge wären Aufnahmestopps nötig, um einen Exodus aus gewissen Schulen zu verhindern.» Zudem dürfe die Volksschule als verbindendes Element und beste Grundschulung für unsere Demokratie nicht verloren gehen. Dem entgegen Landrätin Elisabeth Augstburger (EVP, BL), dass die Konkurrenz unter den verschiedenen Schulen zu besseren Leistungen anspornen und sich die Chancengleichheit und Durchmischung mit der freien Schulwahl sogar verbessern würde.

SÜDHILFE NICHT ERHÖHT

EVP-Schwerpunkte in der Sommersession waren der Schutz vor Passivrauchen, die Entwicklungshilfe, Sucht- und Suizidprävention sowie Kostenwahrheit im Verkehr.

(rae/wd/nh). Der Nationalrat zeigt in der Sommersession trotz dem Engagement der EVP-Nationalräte **keine Einsicht beim Passivrauch:** Restaurants müssen nicht generell rauchfrei sein, sondern nur, wenn die Einrichtung eines abgetrennten Raucherstübli wirtschaftlich zumutbar und räumlich möglich sei. Die meisten Kantone sind weiter – unter anderem dank der EVP.

Zur Diskussion steht die **Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 2008 bis 2012.** Die beiden Rahmenkredite werden durch das Volkswirtschafts- und das Aussendepartement verwaltet. Die EVP-Nationalräte setzen sich nicht nur für die Fortführung, sondern auch für eine schrittweise Erhöhung ein, damit die Schweiz

nach und nach die Millenniumsziele zur Halbierung der Armut erreicht. Dazu sind 0.7 Prozent des Bruttoinlandeinkommens nötig. Für die Ratsmehrheit liegt das nicht drin.

Wer **Zivildienst leisten will, kann das bald ohne Gewissensprüfung** tun: die Bereitschaft, einen anderthalb mal so langen Dienst zu leisten, reicht als Tatbeweis aus. Nachdem beide Räte einer entsprechenden Motion von Heiner Studer (EVP, AG) zugestimmt haben, hat der Nationalrat nun die Botschaft des Bundesrates gutgeheissen.

Der Nationalrat will weiterhin **auf Parallelimporte verzichten** und damit nichts gegen die hohen Preise in der Schweiz unternehmen. Während Gutbürgerlich sonst überall mehr Wettbewerb predigt, gilt das

offenbar nicht, wo das eigene Geschäft betroffen sein könnte.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) will die Bevölkerung über die **Kosten der verschiedenen Verkehrsmittel aufklären.** Mittels Motion regt er eine Informationskampagne des Bundesrates an. Viele Schweizerinnen und Schweizer wüsten nämlich nicht, dass das Auto in den allermeisten Fällen das weitaus teuerste Fortbewegungsmittel sei.

Mit einer Motion beauftragt Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) den Bundesrat die Präventionsmittel neu zu verteilen und dabei **die Suizidprävention stärker zu berücksichtigen.** Sie sei gemessen an den Todesfällen ebenso wichtig wie die Warnungen vor Aids und Drogenelend.

Weiter will Donzé **Jugendliche vor verführerischen Zigarettenspreisen schützen.** Mit einer Motion regt er ein Verbot von Lockvogelangeboten und Promotionsaktionen an. Auch ein Mindestpreis für Zigaretten sei zu prüfen.

Lebenshilfe statt Beihilfe zum Suizid

Für EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH) steht fest: «Die Art und Weise, wie Dignitas das Geschäft mit dem Tod betreibt, ist längst nicht mehr uneigennützig, sondern selbstsüchtig.» Allerdings sind Strafverfahren bislang am rechtsgenügenden Nachweis dieser Selbstsucht gescheitert. Deshalb will Aeschbacher mit einer Motion in Artikel 115 des Strafgesetzbuches die drei Wörter «aus selbstsüchtigen Gründen» streichen. Damit wäre die Beihilfe zum Suizid in jedem Fall verboten. Leicht modifiziert findet eine von der Aargauer EVP-Fraktion eingereichte Standesinitiative im Grossrat eine Mehrheit: der Bund soll die gewerbmässige Beihilfe zum Suizid und den Sterbetourismus verhindern sowie die medizinische Sterbehilfe einheitlich regeln.

Anzeige

Abschalten und Auftanken. Was liegt näher.



Lihn

Der Tagungsort, der auch Feriengäste verwöhnt.

- Seminarhotel 50 Minuten von Zürich, für Gruppen, Familien und Einzelgäste
- Traumhaft über dem Walensee mit See- und Bergsicht
- Professionelle, vielfältige Seminarinfrastruktur
- Alkoholfreie Gastlichkeit und ausgezeichnete Küche mit Goût-Mieux-Label
- Idealer Ausgangspunkt für Wanderungen, ins Heidiland und zur nahen Rodelbahn
- Sport und Spass vor der Haustüre, Streichelzoo, Spielplatz mit Riesentrampolin
- Heidi-Kinderzimmer, Toggelkasten, Tischtennis
- Nah bei den Flumserbergen für Wintersport
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Nichts wie Lihn.

Lihn Ferien und Seminare | 8757 Filzbach über dem Walensee | Telefon 055 614 64 64
www.lihn.ch



Seebüel

Das Ferienidyll, das auch Seminargäste geniessen.

- Ferien für Einzelgäste, Familien, Gruppen und Menschen mit Behinderung
- Einmalig ruhige Lage direkt am Davoser See
- Café am See mit Panorama-Terrasse
- Alkoholfreie Gastlichkeit und kreative Küche zum Geniessen
- Mehrzwecksaal und gemütliche Aufenthalts-/Gruppenräume, Spielzimmer
- Kinderspielplatz, Grillplatz, hoteleigenes Ruderboot
- Gratis Bergbahnen im Sommer
- Schneesicher im Winter
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Auf nach Davos.

Seebüel Ferien und Seminare | 7265 Davos Wolfgang | Telefon 081 416 31 17
www.seebuel.ch

HEIDLAND

Goût Mieux

Blauer Kreuz

DAVOS

valHOTELS

Blauer Kreuz

WAHLEN

Erstes EVP-Mandat in Graubünden

Dr. med. Hans Eidenbenz wurde am 1. Juni in den Grossen Landrat Davos gewählt. Der Arzt und Musiker ist der erste Amtsträger der EVP im Bündnerland.

PEV im Val de Travers

Am 22. Juni hat die EVP erstmals an den Kommunalwahlen im Val de Travers teilgenommen. Ein Sitzgewinn lag angesichts des enorm hohen Quorums nicht in Reichweite.

St.Galler Wahlherbst

Bei den St.Galler Kommunalwahlen vom 28. September tritt die EVP wie gehabt in St.Gallen, neu wieder in Wil und zum ersten Mal in Gossau fürs Stadtparlament an. Im Kreis Werdenberg nehmen in zwei von sechs Gemeinden insgesamt 4 Kandidierende an den Wahlen teil.

Ackerknecht höchster Frauenfelder

Wolfgang Ackerknecht ist zum Präsidenten des Frauenfelder Gemeinderates gewählt worden.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)
15. Jahrgang, Nummer 3, September 2008
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.-/Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 3467, 8021 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Walter Donzé, Niklaus Hari, Barbara Streit-Stettler, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

KANTONALE WAHLEN

EVP MIT SITZGEWINN?

In den Kantonen Basel-Stadt und Schaffhausen wird gewählt: die EVP will weiter zulegen.

(nh). Am 14. September wird der Basler Grossrat neu gewählt und gleichzeitig auf 100 Sitze verkleinert. Die EVP will ihre 6 Mandate dennoch verteidigen: alle Bisherigen treten wieder an. Zusätzlichen Schub verleiht die Regierungskandidatur Heinrich Ueberwassers (vgl. www.basels-mitte.ch).

Zwei Wochen später wird im Kanton Schaffhausen das Parla-

ment neu bestellt. Die EVP tritt ausserhalb der Stadt erstmals in den Wahlkreisen Klettgau, Neuhausen und Reiat zu den Wahlen an. Grund für die erfreuliche Ausweitung ist das neue Wahlverfahren (Pukelsheim), welches die Wähleranteile in allen Wahlkreisen berücksichtigt. Noch ist die EVP nur mit einem Sitz im Kantonsrat vertreten: Rainer Schmidig aus Schaffhausen.

FRAKTIONEN

EVP BAUT BRÜCKEN

Die EVP legt Wert auf gute Zusammenarbeit und geht deshalb immer wieder Fraktionsgemeinschaften ein: aktuell in Liestal und im Kanton Thurgau.

(nh). Wer ohne Fraktion in einem Parlament politisiert, hat kaum Einflussmöglichkeiten. Ob Kommissionssitze, Wahrnehmung in den Medien, finanzielle Beiträge an die Fraktion oder Informationsflüsse: stets ist man benachteiligt. Wo es nicht für eine EVP-Fraktion aus eigener Kraft reicht, ist die EVP deshalb für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen offen und

baut so Brücken nach links und rechts. Nachdem die EVP im Nationalrat mit CVP und glp zusammenarbeitet, folgt im Einwohnerrat von Liestal die erste analoge Fraktion auf kommunaler Ebene – allerdings kräftemässig in völlig anderer Zusammensetzung! Peter Furrer (cyp) und Gerhard Schafroth (glp) gesellen sich zu Elisabeth Augstburger, Doris Lagnaz und Sabine Ammann (alle EVP, vgl. Bild von links nach rechts).

Derweil spannen EVP und EDU im Thurgauer Grossen Rat weiterhin zusammen: Mit insgesamt 9 Mitgliedern (6 EVP, 3 EDU) hat die EVP/EDU-Fraktion Einsitz in allen wichtigen Kommissionen und kann im neuen Rat etwas bewegen.



TERMINE

- 20. September 2008 EVP Schweiz, Olten: Bettagskonferenz
- 8. November 2008 EVP Frauen Schweiz, Aarau: Tagung «Stopp dem Frauenhandel»
- 30. November 2008 Volksabstimmung
- 6. Dezember 2008 EVP Schweiz, Aarau: Delegiertenversammlung und Zentralvorstand

PERSONELLES

Zwei neue Köpfe im Berner Grossrat

Für Walter Bieri und Erwin Sommer kommen nach 14 bzw. 6 Jahren neu in den Berner Grossrat: Hans Kipfer, Geschäftsführer des Gwattzentrums aus Thun und Daniel Steiner, Dozent für Mathematik aus Langenthal.

Wechsel in Thun

Nach 15 Jahren verlässt Ruth Lengacher das Thuner Stadtparlament, Nachfolger wird Parteipräsident Jürg Dällenbach.

Neue Gemeinderäte im Thurgau

Neu im Frauenfelder Gemeinderat sitzt für die EVP Heinz Pfändler (für Urs Burger) und im Weinfelder Gemeinderat Roger Stieger (für Hans Wendel).

Neue Präsidien

Die folgenden EVP-Ortsgruppen haben ein neues Präsidium: in Huttwil folgt Jürg Hostettler auf Adrian Berthoud, welcher nach 30 Jahren von allen politischen Ämtern zurücktritt; in der Stadt Zürich, Kreise 7 und 8 folgt Katrin Schönenberger-Meier auf Hanspeter Günthart (Präsident seit 1994) und in Dietikon tritt Thomas Wirth die Nachfolge von Peter Frick an. Allen Neuen und Scheidenden alles Gute!

Anzeige

www.livenet.ch
...erfrischt!
News • Agenda • Adressen
Jobs • Forum • Webhosting
... am Puls der Zeit!
www.livenet.ch
Unser Tipp:
Top-Newsletter
Aktuelle News und geistliche Impulse
Livenet.ch – für engagierte Christen
Jesus.ch – für am Glauben Interessierte



EINSATZ FÜR VERFOLGTE CHRISTEN

(nh). Am 28. Mai hat in Bern die Solidaritätskundgebung für verfolgte Christen von CSI Schweiz stattgefunden. Eine Gelegenheit für die EVP, auf ihr langjähriges Engagement für die 200 Millionen Christen hinzuweisen, die weltweit diskriminiert, verfolgt oder sogar mit dem Tod bedroht werden. Unser Bild zeigt EVP-Präsident Heiner Studer bei der Moderation des politischen Teils der Veranstal-

tung, bei dem Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Parteien zu Wort kommen. Geht es nach dem Willen der Teilnehmenden sollen sich der Bundesrat und das Parlament künftig sehr viel vehementer für die Religionsfreiheit einsetzen und dieses Thema in Gesprächen mit ihren ausländischen Kollegen und Kolleginnen aufs Tapet bringen. Gleichentags verlangt Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) in einer

Interpellation wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Staaten, welche die Religionsfreiheit offensichtlich verletzen und die Aufnahme verfolgter Christen ausserhalb des normalen Asylverfahrens. Schliesslich müsse die Schweiz in internationalen Gremien wie dem Menschenrechtsrat auf eine Verurteilung jener Länder hinwirken, in denen Menschen wegen ihres christlichen Glaubens verfolgt werden.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 3. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 6. Dezember 08, 10.15 bis 12.30 Uhr in Aarau

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der StimmzählerInnen (Protokollprüfer)
- TOP 5 Abstimmungsparolen
- TOP 6 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 6. Dezember 2008 an.
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jevp-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 1. Dezember an: EVP Schweiz, Postfach, 8021 Zürich.

EVP-KONFERENZ

Bettagskonferenz: Jetzt anmelden!

Die Bettagskonferenz 2008 zum Thema «Verschuldung. Wege in die Freiheit.» findet am 20. September im Stadttheater Olten statt. Melden Sie sich jetzt an unter www.evpev.ch > Termine > Bettagskonferenz und lassen Sie sich inspirieren! Zur internationalen, staatlichen und privaten Verschuldung aber auch zum persönlichen Verschulden gegenüber Gott und den Mitmenschen werden referieren: Prof. Prabhu Gupta (Leiter Think Tank Wolfsberg), Peter Siegenthaler (Direktor der eidg. Finanzverwaltung), Schuldenexperte Martin von Känel, Pfarrer Geri Keller sowie Stadträtin Maja Ingold. Bis bald in Olten!